

***Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Freundinnen und Freunde der SPD,
für das Neue Jahr 2015 wünschen wir Ihnen viel Gesundheit, Glück und Erfolg.***

Unser heutiges Thema: TTIP und CETA

Mit den Uttenreuther Notizen erhalten Sie von uns normalerweise Informationen zu **regionalen** Ereignissen. Diesmal wollen wir uns mit TTIP/CETA einem dringenden überregionalen Thema zuwenden.

Unser Ortsverein und die Grünen aus Uttenreuth hatten im November des vergangenen Jahres zu einer Informationsveranstaltung in Spardorf eingeladen. Referent war Herr Henning Hintze aus München. Die Ergebnisse dieses sehr gut besuchten Diskussionsabends bilden die Basis zu den folgenden Ausführungen.

TTIP ist das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU. CETA ist das entsprechende Abkommen zwischen Kanada und der EU. CETA ist ausverhandelt und soll ratifiziert werden.

Da die Verhandlungen zwischen Kanada, den USA und der EU seit etwa knapp 2 Jahren laufen, hat die Presse schon mehrfach darüber berichtet, so dass ein gewisses Basiswissen vorausgesetzt werden kann. Deshalb wollen wir an dieser Stelle gleich auf die wichtigsten Details eingehen.

Freihandelsabkommen, dabei geht es um den Abbau von Handelshindernissen und das klingt zunächst einmal gut. Anders als bei früheren Handelsabkommen geht es nur am Rande um den Abbau von Zöllen, da es diese schon jetzt zwischen der EU, den USA und Kanada kaum mehr gibt. Ziel ist vielmehr der weitgehende Abbau von „**nicht-tarifären Handelshemmnissen**“.

Beispiele hierfür sind der Umwelt- und Verbraucherschutz, der Datenschutz, die Arbeitnehmerrechte, die Kennzeichnungspflicht für GEN-manipuliertes Essen sowie das Einfuhrverbot für „Hormonfleisch“ aus den USA.

Unter dem Druck der finanzstarken Nahrungsmittelkonzerne wäre unsere Landwirtschaft gefährdet, vor allem aber die Existenz der vermeintlich „unwirtschaftlich“ arbeitenden BIO-Höfe.

Umgekehrt wäre in den USA z.B. die einfachere Zulassung von Medikamenten möglich, wie es in Europa der Fall ist. Dies ist einer der Gründe, warum es auch in den USA Widerstand gegen das Abkommen gibt. Vieles steht auf dem Spiel, was Bürgerinnen und Bürgern **beiderseits** des Atlantiks derzeit nützt.

Doch der dickste Brocken bei diesem Abkommen ist wohl die **Investitionsschutzklausel ISDS** (Investor State Dispute Settlement). Hier erhalten Investoren ein Klagerecht gegenüber Staaten, wenn sich durch Verordnungen oder Gesetze die **erwartete** Rendite einer Investition schmälern könnte (es genügt allein schon die Möglichkeit). Aber auch dann, wenn nach Tarifverhandlungen das Lohnniveau steigt, müsste ein Investor eventuell entschädigt werden (natürlich aus Steuermitteln).

Investitionsschutzklauseln sind nicht neu und dienten früher dazu, Investoren in Staaten ohne funktionierendes Rechtssystem zu schützen.

Hierzu einen Auszug vom April 2014 aus der Informationsschrift des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (Minister Sigmar Gabriel !):

Aus deutscher Sicht sind spezielle Investitionsschutzvorschriften in einem Abkommen zwischen der EU und den USA nicht erforderlich, da beide Partner hinreichenden Rechtsschutz vor nationalen Gerichten gewähren.

Für die Klage von Investoren gegen die beteiligten Staaten wären auch nicht die regulären Gerichte zuständig, sondern sogenannte „**Schiedsgerichte**“, die mit Rechtsanwälten aus international tätigen Kanzleien besetzt sind. Diese wechseln dabei munter ihre Rollen. Eine Revisionsmöglichkeit gibt es nicht.

Was da auf uns zukommt, sollen zwei Beispiele zeigen:

Die Provinz Québec verhängte 2012 auf Grund eines Bürgerentscheids ein Fracking-Moratorium. Daraufhin hat der kanadische Konzern Lone Pine über seine US-Tochterfirma 2013 eine „Investor-to-State“-Klage eingereicht. Der Konzern fordert 250 Millionen kanadische Dollar Entschädigung vom kanadischen Staat und bezieht sich auf die Investitionsschutzklausel des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA.

Der Konzern Vattenfall verklagt die Bundesrepublik Deutschland seit 2012 wegen der endgültigen Abschaltung der Atommeiler Krümmel und Brunsbüttel auf 3,7 Milliarden Euro vor dem ICSID, dem International Centre for Settlement of Investment Disputes.

Fazit: Die Staaten werden in entscheidenden Zukunftsfragen handlungsunfähig, wenn es den beteiligten Firmen nicht passt. Viele Maßnahmen werden gar nicht erst angestoßen werden aus Angst vor eventuellen finanziellen Folgen.

Wem nützen die Freihandelsabkommen?

Da die Freihandelsabkommen den Waren- und Geldverkehr erleichtern sollen, sind es vor allem die großen Konzerne, (und dadurch auch die weltweit agierenden Hedge-Fonds), die ihre Gewinne maximieren werden, ohne Rücksicht auf Verluste.

Früher konnte man sagen, wenn es den Firmen gut geht, dann auch den Mitarbeitern. Diese Zeiten sind leider vorbei. Zumindest die Großkonzerne (fast alle ansässig in den USA) werden die Gewinne abschöpfen und nur zu

einem geringen Teil an die Mitarbeiter weitergeben. Nach einer Aussage der Befürworter soll sich das Einkommen einer 4-köpfigen Familie im Laufe von 10 Jahren insgesamt um 545 € erhöhen (13,6 € pro Person und Jahr !!). Da dies sicherlich unter den allergünstigsten Bedingungen errechnet wurde, kann man sagen, dass die normale Bevölkerung von den Freihandelsabkommen finanziell nicht profitieren wird.

Was sind die wichtigsten Gegenstimmen?

Nach Aussage der Befürworter kann auch die **mittelständige Wirtschaft** von einem höheren Export nach Übersee profitieren. Demgegenüber haben sich mehrere Verbände der mittelständischen Wirtschaft gegen TTIP und CETA ausgesprochen. Ihnen würden im Konfliktfall auch die finanziellen Mittel für ein Schiedsgericht fehlen.

Auch der Bayerische Städtetag und viele Städte und Gemeinden (unter anderem auch der Erlanger Stadtrat) lehnen TTIP und CETA ab.

Besonders eindeutig war die Ablehnung in der europaweiten Bürgerbefragung, die von der EU-Kommission angeregt worden ist (die Presse hat vor einigen Tagen darüber berichtet).

Was passiert, wenn die Freihandelsabkommen gestoppt werden?

Wahrscheinlich recht wenig. Die auch von Bundeskanzlerin Merkel vertretene Meinung, dass sich die Amerikaner dann enttäuscht dem asiatischen Raum zuwenden werden, ist wahrscheinlich eine leere Drohung. Unsere chinesischen Handelspartner schätzen uns zudem mit oder ohne Freihandelsabkommen.

Was ist zu tun, um CETA/TTIP zu stoppen?

Wenn Sie zu der Meinung gelangt sind, dass diese Freihandelsabkommen in seiner aktuellen Form besser nicht realisiert werden sollte, dann können Sie sich auf verschiedenen Internetplattformen weiter informieren und z.B. unter www.stopp-ttip.org an einer europaweiten Bürgerinitiative beteiligen. Auch können Sie Ihre Ablehnung ausdrücken, indem Sie an Ihre Bundestagsabgeordneten oder an das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie schreiben.

Besuchen Sie auch unsere Internetseite: spd-uttenreuth.de